

Auf der langen Reise zu Humboldt

Jahrespressekonferenz der Preußenstiftung

Das Jahr 2013 war ein Erfolg für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz: Auf 33 Millionen Euro beliefen sich die Einnahmen des Riesenunternehmens für Führungen, Publikationen und Merchandising, eine Steigerung gegenüber 2012 um 37,5 Prozent. Mit dieser Superzahl, die gleich eine ganze Armada von gipsernen Nofretete-Reproduktionen vor dem geistigen Auge vorüberziehen lässt, eröffnete Präsident Hermann Parzinger die Jahrespressekonferenz. Und noch ein Sprung nach oben: 32,74 Millionen Euro wurden an Drittmitteln akquiriert, 57 Prozent mehr als im Vorjahr. Wenn nur alle Zahlen so wachsen würden. Denn der Bau-Etat sank im Laufe der Zeit von 120 auf 80 Millionen Euro – und das bei gleichbleibend großen Vorhaben.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz kann nicht kleiner, was bei einem Gesamthaushalt von 257 941 000 Euro auch nicht verwunderlich ist. Der Betriebshaushalt beläuft sich auf 177 741 000 Euro, eine Hebung um 10 Millionen für 2014 ist bei Bund und Ländern als Finanziers im Gespräch. Jahrespressekonferenzen der Preußenstiftung gleichen stets gewaltigen Zahlen-Jonglagen – Millionen hier, Millionen dort, dass einem vom Zuhören schon schwindelig wird. Auch ihrem Präsidenten mag diesmal mulmig geworden sein, denn der Bundeshaushalt 2014 ist noch nicht verabschiedet. Für die zum Ende 2014 schließende Neue Nationalgalerie hat das zur Folge, dass die Baumittel noch nicht bewilligt sind. „Und dann wollen wir doch mit der Sanierung beginnen,“ so Parzinger leichthin, als könnte nichts dazwischenkommen.

Der Altar von Pergamon wird fünf Jahre lang nicht zu sehen sein

Auch was die sonstigen Bau-Aktivitäten am Kulturforum betrifft, bleibt er ausgesprochen vage. Nachdem erst im August die Sigismundstraße für einen Museumsneubau für die Kunst des 20. Jahrhunderts genannt wurde, scheint mit der neuen Bundesregierung alles wieder im Fluss. „Wir sind für alle Gespräche offen“, erklärt der Präsident in Hinblick auf das größere und prominentere Grundstück an der Potsdamer Straße. Vor dem Sommer hofft Parzinger auf eine Entscheidung, wie es weitergeht. Genau an dem Punkt aber befindet sich die Stiftung vor einem Jahr; die vom vorigen Kulturstaatsminister beauftragte Studie hätte man sich also getrost sparen können.

Mehr als in früheren Jahren galt die Aufmerksamkeit diesmal den Recherchen zur Herkunft der Bestände. Die Preußenstiftung ist seit Jahren hier aktiv. Seit 1999 wurde in 50 Fällen entschieden und zu 95 Prozent restituiert. Über 350 Kunstwerke und 1000 Bücher wurden zurückgegeben, doch beim Welfenschatz steht es nun Spitz auf Knopf. Auf Nachfrage erklärte Parzinger, dass er keine Veranlassung sehe, dem Restitutionssuchen der Erben der Kunsthändler nachzugehen, geschweige denn einen Vergleich anzubieten wie zuvor in anderen Fällen. Die Recherchen der letzten fünf Jahre hätten ergeben, dass der Verkauf nicht unter Druck geschah. Die erstmals angerufene Limbach-Kommission werde ihr Urteil in Kürze darlegen. Die Stiftung rechnet mit einem positiven Ausgang des Streits für sich.

Humboldtforum, Museumsinsel und die „Jahrhunderterwerbung“ der Humboldt-Tagebücher – Parzinger reist durch Raum und Zeit. Über die neu aufgeflackerte Diskussion um die Ostfassade des Humboldtforums und ihren möglichen Wegfall staunte er, denn schließlich werde sie schon gebaut. Das neue Jahr steht bereits im Zeichen der Ausstellungsplanung, der Logistik-Konzepte auch für Dahlem. „Noch ist das Humboldtforum nicht in den Herzen der Menschen angekommen“, bekennt der für dieses Projekt leidenschaftlich entflammte Präsident. Dank der erklärten Unterstützung durch die neue Kulturstaatsministerin erhofft er sich Rückenwind.

Einstweilen aber muss die Stiftung dort verorten, wo die Besucher bereits von alleine strömen: Im Zuge der Erneuerung des Pergamonmuseums wird der Altarsaal ab Ende September für fünf Jahre gesperrt. „Das ist der Preis, den man für die Sanierung zahlt“, sagt Parzinger. Als Ersatz soll in Museumsnähe mithilfe des Pergamon-Panoramas von Yadeqar Asisi und Originalteilen des Frieses der Eindruck wieder „erlebbar“ gemacht werden, immerhin.

NICOLA KUHN



Theater verankern. Dessauer Protestaktion gegen den drohenden Kahlschlag mit 3000 Demonstranten im Juni 2013. Foto: Jan-Pieter Fuhr

Deutsche Demografische Republik

Mit dem Verweis auf die schrumpfende Bevölkerung werden die Bühnen im Nordosten und Osten Deutschlands von der Politik ruiniert

VON FREDERIK HANSEN

Wenn es auf der Welt gerecht zugehen würde, dann hätten sich die Bühnen in Dessau und Halle an der Saale in den vergangenen Monaten eine Etataufstockung verdient. Als Belohnung für die kreativen Ideen, mit denen sie gegen den Kulturabbau in ihrem Bundesland kämpften. Da war zum Beispiel diese Aktion, bei der sich mutige Mitarbeiter vom Dach des Anhaltischen Theaters an dicken Tauern herabließen, um mit diesen dann ihr

ANZEIGE



Haus fest in der Stadt zu verankern. Weil der sachsen-anhaltinische Kulturminister Stephan Dorgerloh SPD-Mitglied ist, zogen die Theaterleute vor die Berliner Parteizentrale der Sozialdemokraten und intonierten dort Solidaritäts- und Arbeiterlieder. Den Magdeburger Landtag schließlich umrundeten sie wie die Posanisten von Jericho – sieben Mal, mit lautem Geschmetter. Allerdings stürzten die Mauern in diesem Falle nicht ein, stattdessen billigten im Innern des Gebäudes die Volksvertreter mehrheitlich den Plan, die Landeszuschüsse für drei Theater massiv zusammenzuzustreichen. Drei Millionen Euro weniger erhält Halle bereits seit dem 1. Januar, 2,5 Millionen fehlen in Dessau, die Förderung für die Landesbühne Eisleben wird bis 2015 schrittweise von 1,3 Millionen auf 400 000 zurückgeführt.

Als Minister Dorgerloh beim Durchforsten seines Kulturetats entdeckte, dass der Zuschuss pro Platz ausgerechnet beim Theater der Landeshauptstadt Magdeburg am niedrigsten ist, beschloss er, die Bühnen in Dessau und Halle auf dasselbe Niveau herunterzusetzen. Ohne Rücksicht auf die spezifischen lokalen Gegebenheiten: Die Magdeburger Intendantin Karen Stone hat in ihrem großen Haus rund 660 Plätze zu füllen, der Dessauer Intendant aber 1000. Das 1938 erbaute Anhaltische Theater kann aufgrund seiner schieren Größe nur mit personalintensiven Produktionen bespielt werden, mit Wagner, mit französischer grand opéra, mit Musicals, bei denen viel ge-

tanzt wird. In Halle wiederum wurden zwei zu DDR-Zeiten äußerst üppig ausgestattete Orchester zu einem fusioniert. Trotz des massiven Personalabbaus sind aber an der Saale aktuell immer noch 121 Musiker zu bezahlen, in Magdeburg aber nur 82.

Es ist ein bitteres Schauspiel. Theaterdeote auf Raten werden derzeit von der Politik in vielen Regionen der Kulturlandschaft Deutschland inszeniert. Der einfachste Weg ist die, die Zuschüsse „einzufrieren“. In Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Landesregierung die Kommunen bei der Finanzierung der Bühnen seit 1995 unverändert mit einer jährlichen Summe von 35,8 Millionen Euro. Weil aber auch für die Theater alles immer teurer wird – von Strom und Heizkosten über den Materialeinkauf bis hin zu den Gehältern – haben sie unter dem Strich immer weniger für die Kunst zur Verfügung. Sie magern langsam ab: Erst werden die Ausstattungsetats auf ein Minimum eingedampft – das kostet Publikum, weil die Zuschauer optische Opulenz vermissen. Dann wird die Zahl der Neuproduktionen heruntergefahren – was wieder Publikum kostet, weil ja vor allem Neues die Leute anlockt. Und schließlich sind die Ensembles dran: Das Orchester wird verkleinert, der Chor, das Ballett – und wieder bleiben Zuschauer weg, weil sie von ihren CD-Aufnahmen einen ganz anderen Sound im Ohr haben.

Ganz pfiffige Kulturpolitiker heuern teure Beratungsfirmen an, die Modelle für eine Strukturpassung erstellen. In

ANZEIGE



denen steht dann zu Beispiel, dass die Mehrspartenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern nur dann in den Genuss „dynamisierter“, also steigender Landesförderung kommen können, wenn sie bis 2020 weitere Stellen abbauen. Von den 1787 Planstellen, die es 1989 in Schwerin und Rostock, Greifswald, Stralsund, Neubrandenburg, Anklam, Güstrow, Parchim und Neustrelitz gab, wäre dann nur noch die Hälfte übrig. Welche Art von Kunst dann noch möglich ist, steht in den Papieren der Beratungsfirmen nicht.

Rein rechnerisch lässt sich die Argumentation der Kulturminister in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern durchaus nachvollziehen. In beiden Bundesländern schrumpft die Bevölkerung massiv. Wenn bald nur noch zwei Millionen Menschen in Sachsen-Anhalt leben, muss es dort dann wirklich genauso viele Operntruppen geben wie in Berlin, nämlich drei? Brauchen Städte mit 57 000 Einwohnern wie Stralsund oder gar nur 20 000 Einwohnern wie Neustrelitz wirklich eigene Musiktheaterspandl? Die Antwort lautet selbstverständlich: Ja. Weil sie sonst wenig zu bieten haben. In kleinen Städten ist das Theater oft einer der wichtigsten lokalen Arbeitgeber – immer aber ist es ein Garant für Lebensqualität. Volkswirte rechnen die Kultur zwar nur zu den „weichen Standortfaktoren“, wenn sich allerdings eine große Firma entscheidet, wo sie ein neues Werk ansiedeln will, werden die weichen Standortfaktoren zum Zünglein an der Waage. Schließlich haben gerade die hoch qualifizierten Mitarbeiter auch gehobene Ansprüche in Sachen Freizeitgestaltung.

Wie soll es nun in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern weitergehen? Wenn die ein bis zwei Prozent, die aus den Etats der Bundesländer in die Kultur fließen, für die Haushaltskonsolidierung wirklich so bedeutend sind, dann wäre es ein mutiger Schritt, die traditionellen Strukturen gleich ganz zu zerschlagen und eben nur noch eine einzige Landesbühne zu finanzieren. Die wäre in der Hauptstadt angesiedelt und würde alle übrigen Standorte tingelnd mitversorgen. Das aber ist mit den Kommunen nicht zu machen. Jede Stadt klammert sich an ihr Haus – auch wenn sie es sich ohne ausreichende Landeshilfe nicht leisten kann. Und wenn es zu Fusionen kommt, dann muss ein jeder Ort wenigstens noch eine Sparte behalten: In Vorpommern wird das wohl demnächst dazu führen, dass die Opernsänger in Stralsund stationiert sind, die Orchestermusiker in Neubrandenburg, die Schauspieler in Greifswald und die Tänzer in Neustrelitz. Für jede Probe, für jede Aufführung werden also Truppenteile zwischen den bis zu 140 Kilometer voneinander entfernten Städten hin und her kutschiert werden müssen, tausende und abertausende Kilometer pro Saison.

Nachhaltige Kulturförderung sieht anders aus, nicht nur im Hinblick auf die CO₂-Bilanz.

Proteste im Protektorat

Was die Demonstranten in Bosnien auf die Straße treibt / Von Slavenka Drakulic

Der erste Platz in der Nachrichtenwelt war hart umkämpft in den letzten Wochen: Syrien-Gespräche, Demonstrationen in der Ukraine, Olympische Spiele in Sotschi ... Aber selbst bei so übermächtiger Konkurrenz hatten Nachrichten aus Bosnien und Herzegowina eine Chance auf die vorderen Ränge. Bilder von brennenden Häusern, zerbrochenen Fensterscheiben, umgestürzten Autos, mit Steinen beworfenen Sicherheitskräften, Polizei-Aktionen und Unmengen wütender Menschen auf den Straßen flackerten weltweit über die Bildschirme.

Hunderte von Menschen protestierten vor Verwaltungsgebäuden in Tuzla, Brcko, Zenica, Mostar und Sarajewo, mit ihrer Wut als einziger Waffe. Es waren alte und junge Leute, Frauen und Männer, sie hielten handgemalte Banner hoch mit Slogans wie „Schluss mit dem Nationalismus“ oder „Korrupte Politiker sollen zurücktreten“.

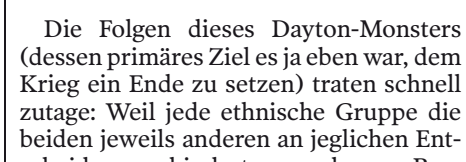
Die Frustration war mit Händen zu greifen. War es der Anfang eines neuen ethnischen Konflikts, wie er in diesem Land schon so viel Schaden angerichtet, so viele Menschen das Leben gekostet hatte? Zog die Politik im Hintergrund die Fäden, und wenn ja, welche Politik? Wenn das aber nicht der Fall war, worin lag dann die Bedeutung dieser Unruhen?

Die Arbeitslosigkeit hat ein Rekordniveau von 44 Prozent, hungrige Menschen, die ihre Lage und die falschen Versprechungen der Lokalpolitiker nicht länger ertragen konnten, erhoben sich und forderten deren Rücktritt. Dass die Politiker korrupt sind, ist kein Geheimnis. Vielleicht waren die Menschen von dem neuen Glauben getrieben, dass eine neue politische Führungsriege mehr Jobs bringen würde, vielleicht hatten sie einfach nur die Nase voll. In Tuzla, einer Stadt, die traditionell von der chemischen Industrie lebte, haben Tausende durch die Privatisierungen staatlichen Eigentums ihre Arbeit verloren.

Überreaktionen der Polizei verbesserten die Lage nicht. Es gab bei den Protesten keine erkennbaren Anführer und keine klaren Forderungen. Schließlich präsentierten ein paar Teilnehmer der Demonstrationen ein Manifest, aber eine Plattform für die Aktionen entstand daraus nicht. Über 200 Menschen wurden verletzt, die Hälfte davon Polizisten.

Bosnien und Herzegowina ist ein besonderer Staat, eigentlich ein Protektorat, das vom Hohen Repräsentanten überwacht wird, der hier als Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft positioniert wurde. Das von den USA vermittelte Abkommen von Dayton, das 1995 den Krieg beendete, hinterließ ein Bosnien, das sich aus zwei konstitutiven politischen Einheiten zusammensetzt – der Republika Srpska und der Föderation Bosnien und Herzegowina. Dazu kommt der Distrikt Brcko. Bei dem Rattenschwanz an lokalen Regierungseinrichtungen ist leicht nachvollziehbar, dass sich eine aufgeblähte Bürokratie zwei Jahrzehnte lang an EU-Fördergeldern bereicherte, Geld, Jobs und Privilegien verteilte und nichts tat, um die Lage zu ändern.

ANZEIGE



Die Folgen dieses Dayton-Monsters (dessen primäres Ziel es ja eben war, dem Krieg ein Ende zu setzen) traten schnell zutage: Weil jede ethnische Gruppe die beiden jeweils anderen an jeglichen Entscheidungen hinderte, wurde aus Bosnien ein dysfunktionaler Staat, der von eben jener internationalen Gemeinschaft am Leben erhalten wurde, die ihn ursprünglich erschaffen hatte. Um es metaphorisch auszudrücken: Der Staat Bosnien und Herzegowina ist ein Frühgeborenes, das seit zwanzig Jahren im Inkubator liegt. Als die Unruhen weitergingen, wurde es schwieriger, sich ein Bild zu machen. Konnte es wirklich sein, dass in einem so strukturierten Land Proteste, die hastig als „Bosnischer Frühling“ getauft wurden, nicht sofort von politischen Interessen infiziert wurden? Insbesondere weil die Aufrechterhaltung der ethnischen Trennlinien für die korrupte politische Elite die einzige Möglichkeit ist, die eigene Macht zu sichern.

Wie sich herausstellte, griffen die Proteste nicht auf die Republika Srpska über, in Banja Luka kamen nur ein paar hundert Leute zu friedlichen Demonstrationen zusammen. Auch in der hauptsächlich von Kroaten bewohnten Herzegowina zögerten die Menschen, sich den Protesten anzuschließen; zumindest in Mostar, einer Stadt, die in eine bosniaki-

sche und eine kroatische Hälfte geteilt ist, taten es dann aber doch einige.

Tatsache ist, dass in erster Linie Bürger der muslimischen Bevölkerungsgruppe, also Bosniaken, auf die Straße gingen. Auch wenn alle Bürger unter denselben sozialen Problemen leiden, so treten doch die Trennlinien auf der Ebene der offiziellen Politik deutlich zutage. Die Proteste waren noch keine paar Tage alt, da fuhr der Präsident der Republika Srpska schon nach Serbien, um mit Politikern des Nachbarlandes Gespräche zu führen. Als ob, beispielsweise, der österreichische Bundeskanzler aus demselben Grund nach Deutschland fahren würde. Aber der kroatische Premierminister suchte ebenfalls den kroatischen Teil der geteilten Stadt Mostar und nicht die Bundeshauptstadt Sarajewo. Ein Versehen oder politisches Kalkül? Auch die Türkei ist mit im Spiel: Ihr Außenminister suchte Sarajewo.

Es sieht so aus, als wäre der Aufstand instrumentalisiert worden, um die Gräben weiter zu vertiefen. Einige, wie etwa der Präsident der Republika Srpska, rufen nach Abspaltung. Auf der anderen Seite gibt es Kommentatoren, die der Überzeugung sind, die Proteste wären gar nicht spontan aufgeflammt, sondern seien eine inszenierte Konfrontation zwischen den Bosniaken. Während doch die meisten Menschen über alle ethnischen und politischen Grenzen hinweg Angst haben, dass die Gewalt den ethnischen Konflikt neu entzünden könnte. Schließ-



Slavenka Drakulic Foto: Imago

lich ist die internationale Gemeinschaft ja aus genau diesem Grund präsent und zahlt eine Menge Geld, damit dieser Fall nicht eintritt. Und all dies 100 Jahre, nachdem Gavrilo Princip in Sarajewo den österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Frau Sophie erschossen und damit den Ersten Weltkrieg ausgelöst hatte.

Was aber würde geschehen, wenn die Proteste mit ihrem Ziel, die korrupte Elite abzulösen, Erfolg hätten? Würde der Wechsel für die aufgebrachten Bürger irgendeinen Nutzen haben, von Jobs ganz zu schweigen? Veränderungen sind kaum möglich, so wie die Föderation beschaffen ist. Die jüngsten Ereignisse in Bosnien und Herzegowina können als Beweis gelten, dass dieser Staat eine Fehlkonstruktion ist. Sie sollten eine ernst zu nehmende Warnung sein, dass es ein gefährlicher Trugschluss wäre, auf spontanen Erhebungen zu setzen, um einen Wandel herbeizuführen.

Bei alledem gibt es aber auch positive Signale. Es waren ganz normale Leute, die auf die Straße gegangen sind, um zu zeigen, dass die ethnisch bedingte Politik versagt hat, dass sie ihnen in zwei Jahrzehnten nur Unglück gebracht hat. Sie haben die Hoffnung für Bosnien aufleben lassen. Ohne Bürgerinnen und Bürger, die ihre ethnische Herkunft hinter sich lassen und in aktiver Teilhabe und Engagement zueinanderfinden, kann keine Form des politischen Wandels einen nachhaltigen Effekt haben.

ANZEIGE



— Aus dem Englischen von Martin Hager. Slavenka Drakulic ist eine der bekanntesten Schriftstellerinnen Kroatiens. Auf Deutsch erschien von ihr u. a. „Keiner war dabei: Kriegsverbrechen auf dem Balkan vor Gericht“. Drakulic nimmt an den Thementagen „Krieg erzählen“ im Haus der Kulturen der Welt teil. Vom 20. bis 22. Februar gibt es dazu, kuratiert von Carolin Emcke und Valentin Groebner, Gespräche, Lesungen und Filme, u. a. mit Mohamad al Attar, Bibiana Beglau, H. C. Buch, Lars Eider, Romuald Karmakar, Liao Yiwu, Marcel Ophüls, Milo Rau.